

Die Verfassung Deutschlands vom 30.05./07.10. 1949

Weg aus der Besetzung

Letzte Änderung: 16.05.2016

Erich Ludendorff (aus einem Aufsatz, den er zwischen den Weltkriegen schrieb):

...aber die Grundsätze der Reichsverfassung werden eben nicht verwirklicht, weil das jüdisch-christliche, d. h. Das kapitalistische, sozialistische Wirtschaftssystem ihnen nicht Rechnung trägt und gar nicht Rechnung tragen kann. Dies sind unsere Sorgen, daß endlich mal eine sittliche, unabhängige Staatsgewalt und kein jüdischer Demokratismus oder christliche Diktatur das Volk leitet.

Und er beklagt, daß sie (das Volk) immer wieder „Nahzielen“ nachlaufen, die die Juden und Christen ihnen hinstellen, um sie den einzigen Rettungsweg nicht finden zu lassen.

Wie ähneln sich doch die Probleme der Weimarer Republik mit den heutigen.

Nur eine wahrhafte Lagebeurteilung kann Möglichkeiten der Rettung eröffnen.

Hier wäre der russische Politologe Prof. Dugin zu zitieren, daß die BRD ein politisch intellektueller Gulag, ein KZ der USA sei in welchem die politische Klasse der BRD die Lagerverwaltung spielt. Von dieser sei keine Änderung zu erwarten.

Die Deutschen müssen dagegen rebellieren. (ich habe dieses Interview im vollen Wortlaut) (Ohne Rebellion keine Souveränität, Interview Prof. Alexander Dugin mit ZUERST! Deutsches Nachrichtenmagazin 1/2014)

Genau das ist die erste intellektuelle Hürde, die die Deutschen überwinden müssen: der Glaube, daß die BRD ein deutscher Staat sei, gar ein Rechtsstaat, dessen Politik nur irgendwie aus dem Ruder gelaufen sei und das dies mit irgendwelchen „demokratischen und rechtsstaatlichen Mitteln“ (Wahlen, Reformen, Demonstrationen, Petitionen, Appellen) korrigiert werden könne.

Dies bewirkt aber alles das genaue Gegenteil, nämlich die Legitimierung der Scheinstaatlichkeit. Die Lagerleitung muß aber kaltgestellt werden, und dies geht nur durch Delegitimierung und Gehorsamsverweigerung.

Dazu muß man sich darüber im Klaren werden, was für die Gegenseite auf dem Spiel steht, d.h. welche Funktionen die BRD zu erfüllen hat:

a) nach innen: Fortsetzung des Krieges gegen das deutsche Volk.

1. Verhinderung eines Friedensvertrags durch Verhinderung der Entstehung eines deutschen Staates, der einen solchen verlangen könnte. (Die BRD darf deshalb nie selbst Staat werden)
2. Permanentes Vollstreckungsorgan der Feindstaatenklauseln der UN gegen das deutsche Volk und das Reich. (deshalb versucht die BRD jeglichen Widerstand aus dem deutschen Volk in die rechte „NAZI“- Ecke zu stellen)
3. Ausplünderung des deutschen Volkes nicht nur mit dem Ziel der Bereicherung sondern auch den Lebensstandart so niedrig wie möglich zu halten.
4. Vernichtung deutscher Kultur und Tradition
5. Physische Vernichtung und Vertreibung des deutschen Volkes
6. Tarnung aller feindstaatlichen Aktivitäten. Alles verhängte Übel muß so aussehen, als wenn es vom deutschen Volk selbst kommt. (z.B. „Frau Merkel hat die Flüchtlinge eingeladen.“) damit die „Freunde und Verbündeten“ nicht als die wahren Feinde erkannt werden.

b) nach außen: die Neue Weltordnung (NWO) erzwingen

1. Ausübung von Druck auf die europäischen Staaten, um die US-Interessen in Europa durchzusetzen, d.h. um über die EU die Nationen zu entmachten und die „Vereinigten Staaten von Europa vom Atlantik bis zum Ural“ (unter Führung der USA) herzustellen als Musterspielwiese der NWO.(Art. 24 GG)
Durch die SHAEF-Gesetzgebung kann die USA die Bundesregierung nicht nur als

Befehlsstelle für das deutsche Besatzungsgebiet sondern für alle
Kriegsteilnehmerstaaten/UN-Mitglieder nutzen (solange kein Friedensvertrag existiert!)
2. Hauptverbündeter und Teilnehmer aller Kriege der USA durch Finanzierung und
Nutzung deutschen Territoriums als Militärbasis und Stellung von Söldnertruppen.
3. Für die USA Rußland provozieren!

Stellen wir uns nun vor, daß diese Aufzählung sicher nicht vollständig ist und daß hinter „USA“
USrael und die Spitze der Machtpyramide der Neuen Weltordnung steht, wissen wir, mit wem wir
uns alles anlegen, wenn wir die Lagerleitung ausschalten. Aber es ist an der Zeit.
Die Gegenkräfte gegen die NWO formieren sich in der ganzen Welt und erwarten, daß das deutsche
Volk seinen Part übernimmt!

Um der BRD-Lagerleitung (UPIK: eingetragener Firmenname: Bundesrepublik Deutschland) den
Gehorsam zu verweigern, muß sie vorher unbedingt **delegitimiert** werden. (Kinkel, d. ehem. BRD-
Außenminister verlangte immer die Delegitimierung der DDR- warum wohl?)
Einfach zu sagen, wir machen jetzt eine neue Verfassung oder bilden eine neue Regierung, bei
Fortbestand der Macht der BRD, wie es alle möglichen Leute seit Jahren versuchen, funktioniert
nicht oder hat schlimmstenfall das Ziel, die BRD zu legitimieren, d.h. die Macht der Herrschenden
zu konservieren.

Es reicht auch nicht, die BRD auf Grund der aktuellen Katastrophenpolitik zu verwerfen und
ersetzen zu wollen, z.b. durch ein neues „Kaiserreich“.

Das würde nur zum Austausch von Personen, nicht aber dem Ende der Macht der
Hintergrundmächte dienen.

Nein, die BRD muß rückabgewickelt werden!

Alle Verbrechen der BRD gegen das deutsche und andere Völker, alle Lügnerien und Betrügereien
von Anfang an müssen offen gelegt und verurteilt werden!

Es reicht nicht, nur das Übel mit der Wurzel auszureißen, sondern es müssen auch die Kräfte an das
Tageslicht gezogen und ausgeschaltet werden, die das Übel pflanzten!

Das ist ein Weltproblem!

Die BRD war eine einzige Vergewaltigung des Willens des deutschen Volkes im Auftrag der
westlichen „Siegermächte“!

Dafür wird natürlich ein Maßstab benötigt, nicht einer der jetzt, nach der Tat zusammengebastelt
wird, a la Nürnberger Militärtribunal, sondern einer, der vor der BRD da war und gegen den sie
während der gesamten Zeit ihrer Existenz bewußt verstoßen hat!

Ein Maßstab, den nicht irgendjemand von außen diktiert hat sondern den das deutsche Volk selbst
gesetzt hat.

Es gibt nur einen Maßstab: Die Verfassung Deutschlands vom 30.05.1949 !

Sie ist von den Alliierten nicht angreifbar, denn sie setzt deren verbindliche Vorgaben aus der
„Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin“ (Potsdamer Abkommen) um, nutzt also
deren rechtliche Selbstbindung.

s. Rede von Otto Grotewohl zur Begründung der Verfassung vom 19.03.49

Im Gegensatz zum Bonner Grundgesetz wurde sie unter Einbeziehung des gesamten in das
Besatzungsreservat gezwungene Deutsche Volk geschaffen, um wieder zu einer staatlichen
Handlungsfähigkeit zu kommen; eben wegen des ausstehenden Friedensvertrags, der den Deutschen
verbindlich zugesichert wurde.

Über das Bonner GG stimmten 65 Leute ab und stellten das Volk vor vollendete Tatsachen.

Über die Verfassung stimmten 2010 Vertreter ab **nach** Befragung des Volkes!

Der deutsche Volksrat nahm den zweiten Verfassungsentwurf einstimmig auf seiner 6. Tagung am
19. März 1949 an, nachdem 52 Artikel gemäß 503 Vorschlägen der Bevölkerung geändert worden
waren.

(s.Entstehung,Abstimmung und EntschlieÙung zur Verfassung 6. Volksratstagung, 19.03.49, DEUTSCHER VOLKSRAT Informationsdienst Nr.1, 2.Jahrgang, S.28)

Die Verkündung des Grundgesetzes in der Westzone am 23. Mai 1949 war deshalb ein vorsätzlich verfassungsfeindlicher Akt um ein einheitliches, nach dem Willen des deutschen Volkes verfasstes Deutschland zu verhindern.

Der 3. Deutsche VolkskongreÙ bestätigte am 30.Mai mit 2009 gegen 1 Stimme diese Verfassung unter Beteiligung von 610 Abgeordneten der Westzone.

Damit war Artikel 146 GG erfüllt wodurch die oft zitierte“freiheitlich demokratische Grundordnung“ nicht im Grundgesetz sondern in der Verfassung liegt.

Jede Vereidigung auf das GG ist damit tatsächlich eine Vereidigung auf die Verfassung mit allen rechtlichen Konsequenzen.

Die Bundesrepublik Deutschland konnte damit am 07.September 1949 auf Grundlage des GG nur noch als illegale verfassungsfeindliche Organisation gegründet und fortgeführt werden um den Willen und die Ziele (s.o.) der Drei Mächte gegen die völkerrechtlich legitimen Interessen der Deutschen durchzusetzen.

Auf Grund der Abspaltung Westdeutschlands mittels Währungsreform 1948 und BRD-Gründung 1949 konnte die Verfassung Deutschlands am 07.Oktober 1949 nur in der sowjetischen Besatzungszone in Kraft gesetzt werden.

Dazu konstituierte sich der auf dem 3.Deutschen VolkskongreÙ neu gewählte Deutsche Volksrat in die provisorische Volkskammer um und erließ ein entsprechendes Gesetz.

Damit war die DDR als verfassungsgemäÙer deutscher Staat gegründet worden, d.h. legitimer Rechtsnachfolger des „Das Deutsche Reich“

Ein anderweitiger Fortbestand des Deutschen Reiches lag damals außerhalb des öffentlichen Bewußtseins!

Nach heutigem Erkenntnisstand (Absetzbewegung, 3.Macht) ist die DDR der Platzhalter des Reichs im besetzten Gebiet bis zu dessen Wiederherstellung.

Die ab 1934 bestehende eine deutsche Staatsangehörigkeit, deren Fortbestand von der Alliierten Militärregierung mit der AO v. 13.03.1946 ausdrücklich angeordnet worden war, fand mit Artikel 1 im Verfassungsrang Fortsetzung in der DDR, womit die Staatskontinuität zum Deutschen Reich hergestellt wurde, **ohne** daß eine politisch-ideologische Fortsetzung des Reichs und damit Angreifbarkeit erfolgte.

Die BRD als Verwaltungskonstrukt der Besatzer hat keine Staatsangehörigkeit, führt auch nicht die deutsche Staatsangehörigkeit fort sondern verwaltet diese nur. Das geht aus Art.116 GG (1) klar hervor.

Die Verfassung beschreibt ein volksdemokratisches Deutschland mit Volksbegehren, Volksentscheiden, Volkskontrolle, Widerstandsrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Wirtschaft zur Deckung des Bedarfs, Verbot des Mißbrauchs von Eigentum durch Begründung wirtschaftlicher Machtstellung zum Schaden des Gemeinwohls, Unterstützung der Bauern, Handel- und Gewerbetreibende, Selbstverwaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände.

Höchstes Organ ist die Volkskammer, sie wählt sich ein Präsidium mit einem Präsidenten.

Die Verfassung steht über den 1946/47 auf Anweisung der Besatzer geschaffenen Landesverfassungen aller Besatzungszonen.

Sie sieht nicht vor: Sozialismus, führende Rolle einer Partei, Vorrangstellung von Parteien überhaupt (Art.13), Bündnisse mit irgendwelchen Staaten oder fremden Mächten.

Was ist daraus geworden -oder warum ist daraus nichts geworden?

Eine Verfassung ohne Macht des Volkes ist wie ein Rezept ohne Koch!

Das tragische ist, daß der in dieser Verfassung vor der Umerziehung manifestierte Wille des

deutschen Volkes nie verwirklicht werden konnte.

Eine DDR nach dieser Verfassung hat es nie gegeben obwohl diese Verfassung seit dem 07.10.1949 bis heute in Mitteldeutschland in Kraft ist.

Es wurde nie zugelassen, vor allem durch die Kommunisten (SED), daß das deutsche Volk die Macht erhielt, nach dieser Verfassung zu leben.

Nach dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte von 1966, Artikel 1 Selbstbestimmungsrecht der Völker (von DDR- und BRD-Regierung 1973 ratifiziert) ist es aber die einzig legitime Ordnung in Deutschland, denn nur diese Verfassung bestimmte sich das deutsche Volk selbst!

Es ist von daher nicht verwunderlich, daß alle Feinde deutscher Selbstbestimmung das Wissen über diese Verfassung konsequent unterdrücken aber jeder Unsinn, der die nach Befreiung strebenden Deutschen anderweitig ablenkt und beschäftigt, verbreitet wird.(z.B. aktuell: Annahme der Staatsangehörigkeit der Reichs-Bundesstaaten, Reichsverweserwahl)

Bis 1955 stand die sowjetische Besatzungszone unter gnadenloser SMAD-Gesetzgebung. Allein den Artikel 3 etwa gegen einen sowjetischen Ortskommandanten anzuwenden hätte die sofortige Inhaftierung in einem KZ oder Deportation zur Folge gehabt.

Erst als 1955 per Ministerratsbeschluß der UdSSR die SMAD aufgelöst und die DDR in die Souveränität entlassen worden war, wäre eine Verwirklichung der Verfassung möglich gewesen. Inzwischen hatte sich aber in der DDR unter den Fittichen der SMAD eine SED-Diktatur etabliert, die dies verhinderte.

Die SED hatte zwar maßgeblich zum Zustandekommen der Verfassung beigetragen, doch unterwarf sie sich ab 1948 dem Umwandlungsprozeß der kommunistischen Parteien in sog. marxistisch-leninistische Kampfparteien neuen Typs, das heißt, mit absolutem Machtanspruch.

Die Verfassung wurde nur noch benutzt, den eigenen Staat zu bilden, in dem man diesen Machtanspruch ausleben konnte.

Dies wurde dann auf der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 eingeleitet, indem Walter Ulbricht als Parteiführer sich anmaßte, den Aufbau des Sozialismus in der DDR zu verkünden.

Das war klarer Verfassungsbruch, ein Putsch gegen die Volkskammer und die Machtergreifung der SED!

Ulbricht war als Sowjetkommissar nach Deutschland gekommen und der unter SMAD-Herrschaft stehenden Bevölkerung mußte dies als sowjetische Anordnung erscheinen, die widerspruchslos hinzunehmen war.

In Wirklichkeit war dies nicht von Moskau angeordnet.

Die Sowjetführung Stalin, Malenkov, Molotow und Berija berieten in einer Krisensitzung, wie sie Ulbricht von seinem sozialistischen Weg abbringen könnten, denn ihr Ziel war immer noch ein Friedensvertrag mit einem einheitlichen neutralen Deutschland, um der UdSSR eine Pufferzone zur Abwehr des kalten Krieges zu schaffen.(Sudoplatow, Der Handlanger der Macht, S.454-457)

Der Artikel 144 Satz 2 der Verfassung begründet sich aus dem zur Entstehungszeit vorhandenem Besatzungsrecht: *Die verfassungsmäßigen Freiheiten und Rechte können nicht den Bestimmungen entgegengehalten werden, die ergangen sind und noch ergehen werden, um den Nationalsozialismus und Militarismus zu überwinden und das von ihnen verschuldete Unrecht wiedergutzumachen.* Dieser Satz hätte mit Aufhebung der SMAD-Gesetzgebung aufgehoben werden müssen. Statt dessen baute die SED ihre Macht darauf aus indem sie daraus ableitete, den Klassenkampf zum obersten Staatsprinzip zu erheben, der dann zur Begründung jeglicher „sozialistischer“ Umgestaltung diente. Dies verdeutlicht, daß das Parteiensystem in der DDR wie auch das Parteiensystem der BRD heute noch eine Besatzerfunktion ausübte.

Wie ist Ulbrichts Rolle einzuschätzen?

Er war das Pendant zu Adenauer im Westen. Er verunmöglichte eine neutrale und nationale Entwicklung der DDR etwa wie Österreich, indem er sie in ein ideologisches Anhängsel der UdSSR umwandelte und so in das Schema des kalten Krieges auf der östlichen Seite einordnete. Man

könnte sagen, er ermöglichte erst den kalten Krieg, dessen Planer in Washington und London saßen. Waren das auch Ulbrichts wahre Auftraggeber, etwa über die sozialistische Internationale? Auf jeden Fall hat er ihnen zugearbeitet!

Das DDR-Volk versuchte sich gegen Ulbricht mit dem Aufstand vom 17. Juni 1953 zur Wehr zu setzen.

Auslöser war eine Normerhöhung, da zusätzlich zu den Reparationsleistungen, die die Werktätigen der DDR für das ganze Deutschland den Sowjets zu erarbeiten hatten, zusätzliche Leistungen für den sozialistischen Aufbau erbracht werden sollten.

Berija (Chef des sowjetischen Geheimdienstes) ließ diese Erhebung von Gretschnko (Oberkommandierender der sowj. Truppen in D) völlig irrational niederschlagen, anstatt die Gelegenheit zum Sturz Ulbrichts zu nutzen, nur um sich gegenüber den Westalliierten keine Blöße der Machtlosigkeit in ihrer Zone zu geben.

Faktisch knickten die Sowjets vor Ulbricht ein!

So konnte die unheilvolle sozialistische Entwicklung, die bereits den Keim des Untergangs in sich trug, in der DDR ihren Lauf nehmen.

Die Sowjets sahen von da an die DDR-Führung in nationalen Fragen für so inkompetent an, daß sie gesamtdeutsche Angelegenheiten fortan hinter ihrem Rücken mit der Bundesregierung verhandelten.

Die Linken wurden also auch von den Sowjets als Verräter der deutschen Nation betrachtet und entsprechend behandelt, was sich bis Gorbatschow durchzog.

Das deutsche Nachkriegsparadoxon:

Westdeutsche Besatzungsverwaltung (BRD) maß sich an, Deutschland allein vertreten zu wollen. Sozialistische DDR-Regierung mit verfassungsmäßiger Grundlage als Rechtsnachfolger/Statthalter des Reichs verzichtet aus ideologischen Gründen (Reichsfeindlichkeit) darauf, diese Rechte wahrzunehmen.

So wurde Deutschland als Ganzes handlungsunfähig gehalten.

Grundübel:

Statt unabhängige souveräne Regierungen wurden abhängige, d.h. fremdbestimmte installiert, die mit Hilfe von Parteien den Willen des Volkes vergewaltigen. Parteienbildung dient immer zur Brechung des Volkswillens.

Für die international-sozialistischen Lenker der DDR wurde die 49er Verfassung ideologisch zunehmend unbrauchbar obwohl sie die Grundlage der Staatlichkeit der DDR war. (wie im Gegensatz das GG der Garant der Nichtstaatlichkeit der BRD ist)

Eine neue sozialistische Verfassung mußte Ende der 60er Jahre zur Legitimation her.

Nun konnte man ja schlecht mit einem Teil der deutschen Staatsangehörigen nach RuStAG eine neue Verfassung machen.

So wurde zunächst mit dem Staatsbürgerschaftsgesetz von 1967 alle in der DDR lebenden deutschen Staatsangehörigen rückwirkend bis 1949 zu „Staatsbürgern der DDR“ erklärt.

Dies verstieß gegen Art. 1 V49, war daher eigentlich nichtig da so eine zweite deutsche Staatsangehörigkeit (scheinbar) geschaffen wurde.

Aber da in der DDR die Partei bekanntlich immer Recht hatte, war das nicht so wichtig.

Mit den neu kreierten Staatsbürgern der DDR machte man dann 1968 die sozialistische Verfassung der DDR, eine völlig neue Verfassung und keine bloße Abänderung der 49er, wie viele heute meinen.

Die V49 wurde aber auch nicht aufgehoben!

Die DDR war nun ein sozialistischer Staat deutscher Nation und nicht mehr Deutschland, die politische Organisation der Werktätigen unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei, die den Sozialismus verwirklicht.

Die DDR ist nun an die UdSSR angebunden und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen angeblich beseitigt. Die Wiedervereinigung der deutschen Nation auf der Grundlage von

Demokratie und Sozialismus wird angestrebt.

Die DDR war damit perfekt für den kalten Krieg getrimmt.

Völlig klar, daß, wenn die Weltlenker das Ende des Kalten Krieges bestimmten, diese DDR verschwinden mußte.

Da auch die UdSSR von diesen gelenkt wurde, hatte diese natürlich die DDR als zuständige Siegermacht aufzulösen, bevor sie sich selbst abzuschaffen hatte.

Es ist mittlerweile bekannt, daß eine Arbeitsgruppe aus CIA, KGB und Stasi die „Revolution“ in der DDR organisierte, daß der KGB mit der Operation „Lutsch“ eine Organisation von 2500 SED-Kadern der mittleren Führungsebene das Ende der DDR vorbereiten ließ.

Der außenpolitische Rahmen wurde mit dem II +IV Vertrag geschaffen, der sich ja betitelt: Vertrag über die abschließende Regelung *in Bezug auf Deutschland*.

Wäre Deutschland an diesem Vertrag, der ja angeblich ein Friedensvertrag sein soll, beteiligt gewesen, hätte es heißen müssen:.....*mit Deutschland*.

Es waren aber nur die beiden Besatzungsverwaltungen beteiligt: die von den Drei Mächten eingesetzte Besatzungsverwaltung BRD und die von der SED zur Besatzungsverwaltung degradierte DDR.

Wenn ein angebliches *Vereintes Deutschland* geschaffen werden sollte, mußten die Alliierten ihre Verwaltungen, zumindest zum Schein, auflösen.

Über diesen Vorgang informierte der „kommissarische Reichskanzler“ Ebel wie folgt:

Ein beteiligter Journalist habe ihm telefonisch mitgeteilt:

Während der II +IV Verhandlungen am 17.07.1990 in Paris habe während eines Essens der Außenminister der USA James Baker die Streichung der Präambel und des Art. 23 des GG für die BRD verkündet. Daraufhin habe der Außenminister der UdSSR Eduard Schewardnadse die Aufhebung des Staatsbürgerschaftsgesetzes von 1967 und der Verfassung von 1968/74 der DDR angeordnet.

Der Außenminister der BRD Genscher habe anschließend alle anwesenden Journalisten vergattert, diese Sache geheim zu halten.

Dies kann sich durchaus so abgespielt haben.

Ebel hat dies bei jeder Gelegenheit kolportiert und es wurde nie dementiert.

Es wurde ja dann auch durchgeführt: Der Art. 23 verschwand aus dem GG und wurde später mit einem neuen Art.23 überblendet.

Die Volkskammer der DDR, die ja weiter auf der Grundlage der fortgeltenden V49 handlungsfähig war, setzte die DDR mit dem Verfassungsgesetz zur Wiedereinführung von Ländern in der DDR vom 22. Juli 1990, mit Wirkung vom 14.10. 1990 in den Rechtsstand vom 23.Juli 1952 zurück, **in dem sie sich heute noch befindet**, nur eben handlungsunfähig wegen Besetzung durch die Verwaltung (jetzt Firma) BRD.

Auf welcher Grundlage ist denn nun die „Vereinigung“ am 03.10.1990 gelaufen?

Der II +IV Vertrag konnte es nicht gewesen sein, denn die UdSSR hat ihn erst 1991 ratifiziert.

Der Einigungsvertrag konnte es auch nicht gewesen sein, denn nach dem sollte am 03.10.1990 etwas auf Grundlage des Art.23 GG passieren, den es aber nicht mehr gab.

Die wirkliche „Rechtsgrundlage“ der Vereinigung wurde erst am 09.November 1990 im BGBl. 1990, Teil II, Nr.42, S.1386-1389 veröffentlicht ohne je von den Medien kommentiert worden zu sein:

Die Vereinbarung vom 27./28. September 1990 zu dem Vertrag über die Beziehungen zwischen der BRD und den Drei Mächten (in der geänderten Fassung) sowie zu dem Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (in der geänderten Fassung)

Der Staatssekretär (!) Dr. Lautenschlager vereinbart im Namen der BRD-Regierung mit den drei Westmächten per Notenwechsel die Fortgeltung wesentlicher Teile des Überleitungsvertrags und deren Anwendung „auf dem Gebiet der gegenwärtigen Deutschen Demokratischen Republik und in Berlin“. Diese Vereinbarung sei am 28.09.1990 (also 5 Tage vor der „Einheit“) in Kraft getreten. Für fortgeltend wird u.a. der Artikel 2 Abs.1 des ÜL-Vertrages erklärt:

Alle Rechte und Verpflichtungen, die durch Maßnahmen der Besatzungsbehörden begründet oder festgestellt worden sind, bleiben in jeder Hinsicht in Kraft.

Damit wurde der tatsächliche Charakter der „Vereinigung“ offenbart:

Die wieder nach der V49 bestehende oder bestehen sollende DDR wurde von der BRD annektiert um sie mit dem fortgeltenden westlichen Besatzungsrecht zu überziehen. (Pkt 4 a)

Die BRD ist also in der rechtlich fortbestehenden DDR die stellvertretende Besatzungsmacht der Drei Mächte!

Deshalb wurden alle DDR- Strukturen abgewickelt und in den neu aufgestellten Verwaltungen mußten alle wesentlichen Schalt- und Verwaltungstellen mit Westbeamten besetzt werden.

Das mußte unbedingt vor dem 14. Oktober passieren, an dem sich die DDR-Länder wieder gemäß ihren Verfassungen konstituiert hätten.

Tatsächlich wurden am 03. Oktober 1990 „neue Bundesländer“ ohne Rechtsgrundlage und ohne Verfassungen kreierte um die Ausführung des Ländereinführungsgesetzes zu verhindern.

Schon der Art.1 des Einigungsvertrages ist eine Lüge.

Die ganze „Wiedervereinigung“ war ein riesiger Betrug und daher ohne rechtlichen Bestand.

Nun heißt es im Artikel 16 GG:

Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden.

Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.

Da nun die Staatsangehörigkeit der DDR durch V49 Art. 1 eben die deutsche Staatsangehörigkeit ist und die BRD keine eigene Staatsangehörigkeit hat, sind wir alle noch Staatsangehörige der DDR.

Daran kann die BRD nichts ändern, wenn wir es nicht wollen.

Die Beantragung eines Bundespersonalausweises ist also eine Willenserklärung zum Eintritt in die Staatenlosigkeit der Fa. BRD, die freiwillige Entrechtung.

Wer Deutscher sein will, muß den BPA zurückgeben!

Ich hoffe mit diesen Ausführungen verdeutlicht zu haben, daß bei der Aufdeckung und Heilung dieses beispiellosen Betruges „Wiedervereinigung“ die Verfassung vom 30.05.1949 eine zentrale und herausragende Rolle spielt.

Es reicht nicht, zu sagen, ja diese Verfassung war gut, da könnten wir dieses oder jenes übernehmen.

Nein, wir müssen erkennen, daß diese Verfassung seit 1949 in Kraft ist als legitimer Wille des deutschen Volkes und daß die tatsächlich gelaufene deutsche Geschichte in BRD und DDR ein einziges Verbrechen gegen diese Verfassung als manifestierter Wille des deutschen Volkes ist.

Sie offenbart das Ausmaß der **Fremdbestimmung und der inneren Verräterei**, die dem deutschen Volk bis jetzt nicht die mindeste Chance bot, nach seinen eigenen Lebensgesetzen zu leben.

Auch eine legitime Änderung oder Ersatz dieser Verfassung kann nur auf deren Grundlage erfolgen, setzt also die vorherige Herstellung der Verfassungswirklichkeit voraus.

Nun stehen bei der aktuellen Situation in Deutschland bestimmt nicht Verfassungsfragen im Fokus der Bevölkerung.

Das Land wird gerade durch die Besatzungsverwaltungsfirma, fremdbestimmt wie immer, mit einer muslimischen und kriminellen Invasionsarmee, getarnt mit ein paar echten Kriegsflüchtlingen, geflutet.

Die Deutschen sollen endgültig in einem Krieg auf ihrem eigenen Territorium aufgerieben werden, der als religiöse Auseinandersetzung aufgezo-gen, tatsächlich aber ein Rassenkrieg ist.

Wenn hier kein Wunder geschieht, wird es also über kurz oder lang zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kommen.

Die Bundesregierung versucht noch schnell, mit der EU im Rücken, durch

Waffenrechtsverschärfungen die Widerstandskraft des deutschen Volkes zu brechen, um dem US-

erzeugten internationalen Terrorismus maximale Erfolge zu sichern.

Gerade bei diesen kommenden Auseinandersetzungen ist es für die Deutschen wichtig, auf Grundlage der Verfassung als staatliche Kräfte zu handeln, um ihren Kombattantenstatus nach Kriegsvölkerrecht zu sichern, denn die regierenden Terroristen werden mit Sicherheit versuchen, widerständige Deutsche als Terroristen zu behandeln.

Im Übrigen könnte es eine Überlegung wert sein, ob die Freundschafts- und Beistandsverträge zwischen der DDR und der SU noch Bestand haben und zur Anwendung gebracht werden könnten. Auch die Rechte und Pflichten Rußlands gegenüber Deutschland würden erst durch einen Friedensvertrag aufgehoben.

Durch mehrfachen Verrat an der DDR sind die Sowjets nicht ganz unschuldig an dem jetzigen Dilemma.

Sie haben hier Einiges wieder gut zu machen!

Es gibt ein Video mit einem russischen Pyramidenforscher, der da sagte: *Die Deutschen müssen sich mit ihrer Vergangenheit befassen, denn wer keine Vergangenheit hat, hat auch keine Zukunft. Die Vergangenheit der Deutschen ist eine ehrenvolle!*

Das bezog sich allerdings mehr auf das „3. Reich“, denn er sprach vorher von der deutschen Absetzbewegung, von der die ganze Welt wüßte, nur die Deutschen nicht.

Worin besteht die aktuelle Bedeutung der Verfassung 1949?

1. Sie sichert uns eine unbelastete Identität als deutsches Staatsvolk.
Wir können die deutsche Staatsangehörigkeit in Anspruch nehmen, ohne uns mit der BRD (GG), dem Deutschen Reich (1.,2. oder 3.) oder der sozialistischen DDR identifizieren zu müssen.
Der BRD-Kampfbegriff „Reichsbürger“ greift nicht!
2. Sie hilft uns, die „Lagerleitung“ des Kriegsgefangenenlagers BRD, die sich als Deutschland ausgibt, zu delegitimieren und damit eine allgemeine Verweigerungshaltung zu befördern bis zur Unregierbarkeit. (Dugin: Deutsche müssen rebellieren)
3. Der Widerstand erfolgt nicht unter der Prämisse: unzufriedenes Volk gegen Staatsmacht sondern Staatsvolk gegen betrügerische Fremdherrschaft. Es geht um die Durchsetzung des völkischen Selbstbestimmungsrechts nach Art.1 IP 66, welchen die BRD-Regierung 1973 ratifiziert hat.
4. Alle Pläne der „Elite“ zur
 - A Auflösung des deutschen Volkes in der EU oder
 - B Installation eines neuen Obrigkeitsstaates EU, Kaiserreich oder Vereinigte Staaten von Europa können als Angriffe gegen die Verfassung behandelt und nach Art. 4 abgewehrt werden.
5. Für den Fall, daß gezielt zur Durchsetzung der NWO chaotische Verhältnisse erzeugt werden durch Finanzzusammenbruch und/oder „islamistischen“ Terror, hat das deutsche Volk sofort eine rechtskräftige Grundlage in der Hand um handlungsfähige Staats- und Verwaltungsstrukturen einschließlich bewaffneter Organe zu bilden, ohne auf irgendwelche Regierungen oder Geschäftsführungen von oben angewiesen zu sein.
(analog UN-Res. 56/83)
z.B. Gemeindereorganisation: aber nicht wie das jetzt betrieben wird mit Zielrichtung Reichsuntertänigkeit sondern in Richtung Souveränität und Selbstverwaltung nach Abschnitt IX der Verfassung (Vorgabe des Potsdamer Abkommens)
6. Das deutsche Volk, das sich unter die Verfassung stellt, dokumentiert damit gegenüber der Weltöffentlichkeit, daß es nicht Täter sondern Opfer der verbrecherischen Politik des Besatzungskonstrukts BRD ist und nicht für deren Taten und Schulden haftet sondern selbst Schadenersatz fordert. Wir sind Deutschland und nicht die BRD!
7. Insbesondere gegenüber Rußland haben Staatsangehörige der DDR eine wesentlich vorteilhaftere Position als das staatenlose Personal der Besatzerfirma BRD, das jeder

„Siegermacht“ unterstellt ist. Dies könnte bei einer Besetzung durch Rußland (Prophezeihungen) eine enorme Bedeutung haben.

8. Viele sind verunsichert, da die ganze Opposition, von der Besitzerfirma mit dem Etikett „Reichsbürger“ belegt tatsächlich ein Sammelsurium uneiniger, zum Teil zerstrittener Gruppierungen ist.

Hepidanus: Wehe dem, der in jener furchtbaren Zeit lebend seinen Standpunkt versetzt und geblendet durch das Gaukelspiel trügerischer Dämonen, sich auf Abwege begibt, die ihm und seinem Volke Verderben bringen werden. Denn es sollen in jenen Tagen des Zweifels und Unglaubens falsche Propheten aufstehen und mit gleißender Stimme ihr Gift feilbieten und jene elendig zugrunde richten, die leichtgläubig und von einseitigen Vorurteilen befangen, ihnen Glauben schenken.

Echt ist, was aus dem eigenen (Volk) kommt. Wer also von Umerziehung benebelt nicht mehr Freund und Feind unterscheiden kann, sollte den eigenen nächsten Ahnen (Eltern, Großeltern) vertrauen, die die Lösung des Problems noch vor der Umerziehung mit der 49er Verfassung schufen und uns hinterließen.